Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/1300
26.04.2017

Antrag

Fraktion AfD

Tiergerechte Schweinehaltung umsetzen - glückliche Schweine erfordern politische Taten

Entsprechend der Stellungnahme des Tierschutzbeirates des Landes Sachsen-Anhalt zu SB7/LAN/14 „Verbot des Kastenstandes in der Sauenhaltung“ eine veränderte und freie Haltung von Sauen im Abferkelbereich grundsätzlich umzusetzen und dafür entsprechend Initiative auf Bundes- und Landesebene zu ergreifen und/oder zu unterstützen,

wolle der Landtag beschließen:

1. Die Landesregierung soll die Versuche zur zeitlichen Fixierung von Sauen in Abferkelbuchten im Zentrum für Tierhaltung und Technik der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau (LLG) in Iden versuchstechnisch und wissenschaftlich ausbauen und weitere Abferkelbuchten mit freier Abferkelung in Bewegungsbuchten in die Untersuchungen mit einbeziehen.
   Zudem solle sich die Landesregierung im Bundestag für ein einheitliches Szenario mit entsprechender Übergangsfrist zur Abschaffung des Kastenstandes in Abferkelbuchten einsetzen.

2. Die Landesregierung soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass für Zuchtsauen ein einheitliches, ethisch vertretbares Zuchtziel formuliert wird, das sich an den arteigenen Verhaltensweisen der Mutter-Kind-Beziehung orientiert, auf die Langlebigkeit der Einzelsau fokussiert und eine züchterische Grenze für die Anzahl der Nachkommen berücksichtigt.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für ein gesamtdeutsches einheitliches Tierschutzlabel für Schweinefleisch einzusetzen, das für alle in Deutschland gehaltenen Schweine – unabhängig von ihrer eigentlichen Vermarktung – gilt und grundsätzlich Einstiegskritierien über dem gesetzlich vorgeschriebenen Tierschutzstandard der Tierschutznutztierhaltung vorschreibt.
   Die Landesregierung schlägt dafür vor, alle Beteiligten und bisherigen Tierschutz- und Tierwohl-Labelbetreiber unter Federführung des Bundesministeriums zu einer gesamtdeutschen Arbeitsgruppe zusammenzufassen und die bisher

(Ausgegeben am 26.04.2017)

festgelegten Indikatoren, Kriterien und Maßnahmen zu einem gesamtdeutschen Tierschutzlabel zusammenzuführen.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, sich im Bundesrat für eine gesamtdeutsche Arbeitsgruppe einzusetzen, die mit dem Lebensmitteleinzelhandel eine grundsätzliche Preisbindung für Schweinefleisch erarbeitet, die den Erzeugern einen fairen Einstiegspreis für die Vermarktung gewährleistet, sodass die grundsätzlichen Erzeugerkosten, die durch den Weltmarkt beeinflusst werden (z. B. Energie, Treibstoff und Futtermittel) oder durch gesellschaftliche Auflagen entstehen (z. B. Tariflohn, Investitionen im Rahmen von Nachhaltigkeit und umweltgerechter Tierhaltung) nicht durch Sonderangebote infrage gestellt bzw. unterboten werden.

5. Die Landesregierung wird aufgefordert, die amtlichen Tierschutzkontrollen der Schweinhaltung auf der Basis eines Bewertungssystems für die Tiergerechtheit von Haltungsverfahren - wie z. B. im Welfare Quality® Projekt der EU vorgeschlagen durchzuführen.
   Insbesondere sollen die Schweinehalter des Landes Sachsen-Anhalt die gesetzlich vorgeschriebene Eigenkontrolle nach TSchG § 11 Abs. 8 an einheitlichen tierbezogenen Indikatoren durchführen und dokumentieren. Insbesondere sollen in die Bewertung des Betriebes die Ergebnisse der im Schlachthof erhobenen Indikatoren zur Tiergesundheit und zum Tierschutz mit einfließen.
   Die Ergebnisse sind in einer Datenbank - analog dem QS-System oder in diesem - zusammenzuführen, regelmäßig zu analysieren und darüber ist öffentlich zu berichten.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sofort alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um zumindest die baulich-technischen Voraussetzungen zu gewährleisten, dass Schweine bei Brandereignissen gerettet werden können.
   Insbesondere solle die Landesregierung zu dieser Thematik prüfen:
   - Inwiefern Photovoltaikanlagen auf Dächern von Ställen eine erhöhte Gefahr für Brände in Stallanlagen darstellen und im Brandfall zum Tod der Tiere führen.
   - Welche baulichen Konzepte das Risiko von Tierverlusten bei Brandfällen signifikant verringern können.
   - Sich dafür einzusetzen, dass Sprinkleranlagen standardmäßig als technische Brandschutzmaßnahme in Schweineställen eingesetzt werden.

7. Um die Beschlussvorlagen der Punkte 1 bis 6 umzusetzen, bedarf es einer aktiven gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, die letztendlich aktuell und zukünftig vor allem der Verbraucher über die Bereitschaft zur Finanzierung des Mehrwertes für die Aufwendungen der Schweinehalter, im Rahmen der Investitionen in tiergerechte Haltungsverfahren, realisieren muss. Dafür sind solide Kenntnisse und Informationen über die Schweinehaltung unabdingbar.
   Die Landesregierung soll sich deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, dass bundeseinheitlich das Schulfach Ernährungskunde eingeführt werden soll, dass neben den gesundheitlichen Aspekten vor allem auf die Probleme der Primärproduktion fokussiert und die verschiedenen Formen der Nutztierhaltung vorstellt, erklärt und auf die Bedürfnisse der Nutztiere eingeht.

Begründung

Das Hausschwein ist ein hochintelligentes soziales Säugetier, das aufgrund seiner morphologisch-physiologischen Ähnlichkeit für viele Erkrankungen des Menschen als medizinisches Modelltier dient. Das Schweine auch Empathien zeigen, um grundlegende soziale Bedürfnisse zu befriedigen, wird von der neueren Kognitionsforschung als wahrscheinlich angesehen. Ihre Haltungsumwelt hat zudem Einfluss auf die Herausbildung ihrer Persönlichkeit.
Andererseits ist wissenschaftlich unstrittig, dass eine räumlich begrenzte, reizarme Haltungsumwelt, Fixation und Bewegungseinschränkungen zu Schmerzen, Leiden und Schäden in Form von Verhaltensabweichungen, Technopathien und anderen Erkrankungen bei Schweinen führen, die einen eklatanten Verstoß gegen das Tierschutzgesetz und die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung darstellen.
Folglich ist es an der Zeit, dass diese wissenschaftlichen Forschungsergebnisse politisch umgesetzt werden und zu grundlegenden Verbesserungen der Haltungsbedingungen führen.

Robert Farle
Parlamentarischer Geschäftsführer